

Gemeinsamer Antrag Nr. 34

der Fraktion Sozialdemokratischer Gewerkschafter:innen,
der Fraktion Christlicher GewerkschafterInnen – Österreichischer ArbeitnehmerInnen Bund,
der Freiheitlichen Arbeitnehmer - FPÖ,
der Alternativen, Grünen und Unabhängigen GewerkschafterInnen,
der Grünen Arbeitnehmer,
der Liste Perspektive,
der Liste Fair und Transparent,
der Arbeitsgemeinschaft unabhängiger Arbeitnehmer,
des Gewerkschaftlichen Linksblocks,
der Liste Türk-Is,
der Kommunistischen Gewerkschaftsinitiative-International,
der Bunten Demokratie für Alle,

an die 179. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien
am 25. Mai 2023

Nein zum neuen Handelsabkommen zwischen der EU und den MERCOSUR-Staaten

Die Wirtschaft und EU-Kommission forcieren nun wieder das Mercosur-Abkommen. Die Befürworter: innen des unkontrollierten Freihandels zwischen der Europäischen Union und den Mercosur Staaten in Südamerika starten derzeit wieder einen Neuversuch das Abkommen doch durchzubringen.

Dabei werden zusätzliche Argumente wie die bedrohte Versorgungssicherheit, durch die Corona Pandemie in manchen Fällen zeitweise in Bedrängnis geraten, und einen sicheren Zugang zu Rohstoffen, die wir für die Energiewende benötigen angeführt. Den Bedenken über die katastrophalen Arbeitsbedingungen in den Mercosur Staaten soll mit einer Zusatzklärung der Wind aus den Segeln genommen werden. Die Bestimmungen zur Einhaltung grundlegender Arbeits- und Umweltstandards sind damals beim ersten Anlauf für den Vertrag völlig zahllos ausformuliert worden. Grundlegende Gewerkschaftsrechte, wie das Recht auf Vereinigungsfreiheit werden einfach nicht eingehalten. Die Gefahr, dass das Abkommen zu Beschäftigungsverlusten, viel mehr prekärer Arbeit sowie schlechteren Lohn- und Arbeitsbedingungen führt, ist gegeben. Das Abkommen ist Gift für Klima und Umwelt und forciert nicht nur die Zerstörung des Regenwaldes, sondern auch den Einsatz von Pestiziden in der Landwirtschaft. Das österreichische Parlament etwa lehnte das EU-Mercosur-Abkommen damals beim ersten Versuch schon klar ab.

Diese unerwünschte Blockade durch die nationalen Parlamente will die EU-Kommission umgehen, indem das Abkommen in zwei Teile aufgeteilt wird. Als exklusive EU-Kompetenz könnte der Handelsteil dann einfach ohne Ratifizierung durch nationale Parlamente in Kraft treten und das politische Rahmenabkommen würde hingegen weiterhin der vollständigen Ratifizierung unterliegen und somit erst eventuell Jahre später, in Kraft treten.

Die Vollversammlung der AK Wien fordert:

Die Ablehnung und die Verhinderung des Abkommens, egal ob mit oder ohne Aufteilung in zwei Teile.

Angenommen <input checked="" type="checkbox"/>	Zuweisung <input type="checkbox"/>	Ablehnung <input type="checkbox"/>	Einstimmig <input checked="" type="checkbox"/>	Mehrheitlich <input type="checkbox"/>
--	------------------------------------	------------------------------------	--	---------------------------------------